

**Ausschuß "Mensch und Technik"**

## **Protokoll**

14. Sitzung (nicht öffentlich)

8. November 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Dr. Grüber (GRÜNE)

Stenograph: Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über die Festlegung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

#### **Erläuterungen der Landesregierung**

- **Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales (SoTech-Programm)** 1
- **Chef der Staatskanzlei (Wissenschaftszentrum NRW)** 7
- **Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Technologieprogramme)** 11

Den Berichten der Vertreter der Ministerien schließt sich jeweils eine Diskussion ohne Beschlüsse an.

Ausschuß "Mensch und Technik"

08.11.1991

14. Sitzung

es-sz

Seite

- 2 Konsequenzen aus der öffentlichen Anhörung "Soziale Gestaltung der Technik - gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr" vom 25. September 1991** 18

Der Ausschuß kommt überein, die Landesregierung zu einer schriftlichen Stellungnahme zu der Anhörung aufzufordern, in der Januarsitzung mit dem Umwelt- und dem Verkehrsminister darüber zu diskutieren, den Ausschußassistenten um eine schwerpunktmäßige Auswertung der Anhörung zu bitten sowie nach einem dann zu findenden, wenn möglich, gemeinsamen Ergebnis eine entsprechende Veröffentlichung in der Schriftenreihe des Landtags vorzunehmen.

- 3 Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 2 der Fraktion der SPD**

Drucksache 11/2226

20

Die Sprecher der vier im Ausschuß vertretenen Fraktionen stimmen darin überein, die Große Anfrage 2 der SPD-Fraktion heute nicht zu behandeln, behalten sich jedoch vor, sie aktuell in die Diskussionen des Ausschusses einzubeziehen.

- 4 Konsequenzen aus der Informationsreise in die USA** 20

Siehe Diskussionsteil.

- 5 Verschiedenes** 21

Siehe Diskussionsteil.

### Aus der Diskussion

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** kommt der **Ausschuß** überein, zur Behandlung der Anträge zum Haushaltsplanentwurf eine zusätzliche Sitzung vor der abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushaltsplan 1992 anzubereiten; den genauen Termin werden noch die Fraktionssprecher verabreden.

Des Weiteren beabsichtigt der **Ausschuß**, sich vor Beginn der Haushaltsplanberatungen darüber zu verständigen, für welche Positionen im Haushalt er sich zuständig fühlt, die er dann den anderen Ausschüssen und dem Parlament mitteilen will.

#### **1 Gesetz über die Festlegung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/2450

#### **Erläuterungen des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales (SoTech-Programm)**

**Staatssekretär Dr. Bodenbender (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales)** führt aus:

Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da der **Ausschuß** im Laufe des letzten Jahres bereits zweimal ausführlich über das **SoTech-Programm** beraten hat und erst vor vier Wochen im Zusammenhang mit der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 2 der SPD im Plenum eingehend auch darüber diskutiert hat, muß ich das Programm, glaube ich, sicherlich nicht noch einmal insgesamt vorstellen. Ich möchte mich deshalb auf zwei wesentliche Aspekte konzentrieren und damit exemplarisch die aktuellen Schwerpunktsetzungen und Perspektiven dieses Programms erläutern.

Wie Sie wissen, haben wir mit dem Programm in vielfacher Hinsicht Neuland betreten. Dies gilt nicht nur für die Politik selbst, sondern das gilt auch für alle Beteiligten in Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften. Ein wichtiges Anliegen des Programms war und bleibt es deshalb, in zentralen Bereichen notwendiges Orientierungswissen zu erarbeiten und einen ganz breiten Dialog darüber zu führen. Hierzu sind im Programm eine Reihe von Maßnahmen etabliert worden, die wir in Zukunft beibehalten und, wenn möglich, sogar weiterentwickeln wollen. Auf zwei Beispiele möchte ich hier besonders hinweisen:

Am 5. Dezember werden wir in der Westfalenhalle in Dortmund die fast schon zur Tradition gewordene Reihe unserer SoTech-Kongresse mit einer Veranstaltung zu dem Thema fortsetzen "Technikgestaltung durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer".

Auch diese Veranstaltung wurde, wie alle Maßnahmen des Programms, gemeinsam mit den Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gewerkschaften vorbereitet. Ich betone dies deshalb, weil in der Debatte über die Antwort auf die Große Anfrage kritisiert wurde, die Wirtschaft sei in dieses Programm nicht ausreichend einbezogen. Meine Damen und Herren, diese Aussage ist nicht richtig. Arbeitgeberverbände und Unternehmen sind umfassend in das Programm und seine Projekte eingebunden und wirken ihrerseits aktiv daran mit. Dies wird auch in der Veranstaltung am 5. Dezember wieder so sein. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich diesen Termin vormerken könnten und durch Ihre Teilnahme den öffentlichen Erfahrungs- und Meinungsaustausch unterstützen würden. Die Einladungen hierfür sind, wenn ich richtig informiert bin, Ihnen bereits zugegangen.

Meine Damen und Herren, als zweites Beispiel möchte ich auf die von uns neu entwickelten sogenannten Technologiegespräche vor Ort verweisen. Diese Gesprächsreihe hatte bereits einen sehr erfolgversprechenden Start und hat schon eine lebhaftere Nachfrage ausgelöst. Die Gespräche sollen dazu dienen, in einem überschaubaren Kreis einen intensiven, auf ein konkretes Problem bezogenen Vermittlungs- und Diskussionsprozeß zu ermöglichen. Ferner sollen sie zu einem Brückenschlag zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik beitragen. Deshalb sehen wir gerade hier einen guten Ansatz. Auch für das Zusammenwirken mit den Mitgliedern dieses Ausschusses. Das Angebot dazu möchte ich auf jeden Fall an Sie alle noch einmal ausdrücklich richten. Das nächste Technologiegespräch vor Ort wird am 28. November hier in Düsseldorf bei der Firma Siemens/Nixdorf-Informationssysteme stattfinden. Das Thema lautet: "Neue Technologien und berufliche Weiterbildung für Frauen". Die Ausschlußvor-

sitzende Frau Dr. Grüber hat sich erfreulicherweise bereiterklärt, diese Veranstaltung zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, ich will die Beispiele nicht fortsetzen, sondern unterstreichen, daß wir in der Vermittlung und öffentlichen Diskussion von Erkenntnissen und Erfahrungen aus dem Programm eine auch weiterhin wichtige Aufgabe sehen.

Der zweite Aspekt, den ich wegen der exemplarischen Bedeutung ansprechen möchte, betrifft die praktische Projektarbeit des Programms, sozusagen eine Neuorientierung nach dem alten umfassenden SoTech-Programm. Anders als in der klassischen Technikfolgenabschätzung, die sich auf die Vorlage von Empfehlungen beschränkt, wollen wir mit dem Programm zu einem kompetenten und verantwortungsbewußten Umgang mit Technik beitragen und die Menschen ganz unmittelbar in ihrer täglichen Praxis unterstützen. In dieser Hinsicht sehe ich es als ein Erfolg des Programms an, daß inzwischen für vielfältige Aufgaben und Anwendungsgebiete praxisgerechte Verfahren und Instrumente vorliegen, die nun zielgerichtet für einen breiten Einsatz nutzbar gemacht und weiterentwickelt werden können.

Das Schwergewicht des Programms wird deshalb in Zukunft die Bearbeitung praktischer Innovationsprobleme vor Ort sein.

Meine Damen und Herren, wie erfolgreich gerade dieser Ansatz ist, zeigt die Tatsache, daß sich in zunehmendem Maße, insbesondere Unternehmen und Institutionen mit relativ hohen Eigenanteilen an der Finanzierung dieser praxisorientierten Projekte aus unserem Programm beteiligen. Dabei verfolgen wir - wenn ich das so sagen darf - sozusagen eine Doppelstrategie. Mit den praktischen Gestaltungsprojekten werden modellhaft zum Beispiel in einem Betrieb oder in einer Verwaltung konkrete Probleme der Technikeinführung und Techniknutzung bearbeitet. Dabei versuchen wir, möglichst Hersteller, Anwender und wissenschaftliche Beratung in einem Projekt zusammenzubringen.

Daneben werden mit den sogenannten Multiplikatorenprojekten über geeignete Verbände und Institutionen die so gewonnenen Erfahrungen für einen größeren Kreis zugänglich gemacht und den Beteiligten bei der Umsetzung geholfen.

Ein Beispiel hierfür ist das Kooperationsprojekt des Vereins deutscher Ingenieure mit dem Institut der deutschen Wirtschaft, das gemeinsam mit weiteren Beratungs- und Ausbildungseinrichtungen ein Netzwerk in Nordrhein-Westfalen aufbaut, das Klein- und Mittelbetriebe dabei unterstützt, im SoTech-Programm

erarbeitete Verfahren für sich auch nutzen zu können. Wir bauen somit einen Mechanismus auf, der es ermöglicht, im Einzelfall erprobte Erkenntnisse gleich in breitere Praxisfelder umzusetzen.

Meine Damen und Herren, allerdings will ich an dieser Stelle deutlich machen, daß gerade in Zeiten einer äußerst angespannten Haushaltssituation nicht alles auf einmal möglich ist. Wir werden deshalb mit dem SoTech-Programm nicht alle Bereiche gleichzeitig und gleichmäßig abdecken können. Wir legen die Schwerpunkte jedoch so an, daß das Aufgreifen neuer Fragestellungen und die thematische Weiterentwicklung des Programms möglich bleiben.

Der Haushaltsentwurf für 1992, denke ich, berücksichtigt dies. Mit einem Ansatz von 5,2 Millionen DM weist er ein deutliches Plus von 2,1 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr auf. Dies ist vor dem Hintergrund der ganz engen finanzpolitischen Rahmenbedingungen ein ganz beachtlicher Schritt, mit dem wir den Weg der Konsolidierung in diesem Bereich und des allmählichen Ausbaus des Programms fortsetzen wollen.

Meine Damen und Herren, das SoTech-Programm als Teil der Initiative Zukunftstechnologien der Landesregierung ist allerdings nur eine, wenn auch eine sehr wichtige Säule der nordrhein-westfälischen Technologiepolitik. Die beiden anderen Säulen, mit denen das MAGS zur arbeits- und sozialpolitischen Gestaltung der Innovationsprozesse in Nordrhein-Westfalen beitragen will, sind die Technologieberatungsstellen einerseits und das Institut Arbeit und Technik andererseits. Diese drei Säulen können sich nicht gegenseitig ersetzen, sondern stellen notwendige und sinnvolle Ergänzungen zueinander dar; sie stehen in einem komplementären Verhältnis. Das IAT betreibt anwendungsorientierte Forschung zu grundlegenden Problemen der gesellschaftlichen und betrieblichen Gestaltung von Arbeit und Technik. Mit der Einrichtung des Instituts Arbeit und Technik hat die Landesregierung nicht nur die dringend benötigte Forschungskapazität in diesem Aufgabenfeld erhöht, sondern gleichzeitig die Möglichkeiten verbessert, den erforderlichen gesellschaftlichen Dialog über die zentralen Fragen in der Gestaltung von Arbeit und Technik auch wissenschaftlich zu initiieren und zu unterstützen. In den drei Jahren seines Bestehens hat das Institut aus der Sicht des MAGS sehr erfolgreiche Arbeit geleistet. Der erste Jahresbericht zeigt eine eindrucksvolle Leistungsbilanz; die Arbeitsergebnisse in allen drei inhaltlichen Schwerpunkten des Instituts können sich sehen lassen. Das Institut leistet wichtige und anerkannte Beiträge zu Diskussionen, um neue Produktionsprozesse im Spannungsfeld von Wissenschaftlichkeit und Wirtschaftlichkeit sowie Sozialverträglichkeit.

Auch im zweiten strategischen Handlungsfeld, nämlich der Erforschung neuer Kooperationsformen innerhalb von Unternehmen und über die Unternehmensgrenzen hinaus, liefert das IAT ebenso wichtige Beiträge wie im dritten Schwerpunktbereich der Erforschung neuer Konzepte, der Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik im Strukturwandel unseres Landes.

Im Mittelpunkt der Institutsarbeiten stehen vor allem relevante nordrhein-westfälische Fragestellungen. Aus diesem Grund arbeitet das Institut in enger Kooperation mit den übrigen einschlägig arbeitenden Einrichtungen des Landes. Es ist gewissermaßen Teil eines umfangreichen Netzwerks, das sich mit Fragen der sozialen Gestaltung des Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen auseinandersetzt.

Meine Damen und Herren, daß dieser von der nordrhein-westfälischen Landesregierung eingeschlagene Weg trägt und der Beitrag des IAT inzwischen auch internationale Anerkennung findet, läßt sich an zwei Beispielen dokumentieren:

Zum ersten hat das Bundesland Bremen ein eigenes Konzept nach den Erfahrungen mit dem nordrhein-westfälischen SoTech-Programm installiertes Landesprogramm aufgelegt. Zum zweiten hat das IAT kürzlich bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaft die Federführung für ein großangelegtes europäisches Forschungsprojekt erhalten, bei dem es um die Zukunft der Industrie in Europa geht. Die inzwischen erworbene Reputation des IAT läßt sich kaum eindrucksvoller belegen als dadurch, daß das IAT mit diesem Projekt beauftragt wurde, ein Netzwerk aus internationalen Forschungsteams zu koordinieren und in Zusammenarbeit mit ihnen Empfehlungen für die europäische Industriepolitik der Zukunft zu entwickeln.

Bislang verfügt das IAT über drei Abteilungen: eine EDV-gestützte Produktionstechnik, Arbeitsmarkt und Strukturwandel und politische Steuerung.

Derzeit sind im IAT auf festen Stellen 37 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Rechnet man die aus Drittmitteln finanzierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinzu, dann beläuft sich die Zahl inzwischen auf über 60.

Wie auch im vergangenen Jahr, meine Damen und Herren - ich muß das so offen ansprechen -, hat sich die Landesregierung entschließen müssen, im Haushalt 1992 beim Personalhaushalt den Grundsatz der Stellenneutralität anzustreben, das heißt, auch diesmal muß der Ausbau des Instituts durch weitere Stellen zurückgestellt werden. Der Haushaltsansatz für 1992 sieht für das IAT eine Größenordnung von 9,3 Millionen DM vor. Das bedeutet gegenüber dem

Vorjahr eine Steigerung von rund 2 Millionen DM. Die Erhöhung des Ansatzes resultiert neben der tariflich bedingten Erhöhung der Personalausgaben aus der aus Kapazitätsgründen notwendigen Anmietung weiterer Räumlichkeiten und der damit verbundenen Erstausrüstung der Arbeitsplätze sowie vor allem aus der Veranschlagung einer Neubaumaßnahme für das IAT.

(Allgemeiner Beifall)

Auf die Frage des **Abgeordneten Hegemann (CDU)**, ob hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung die Zusammenarbeit zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft und Institutionen der Landesregierung es gewährleiste, daß nicht aneinander vorbei geforscht werde, unterstreicht **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**, die Zusammenarbeit zwischen der Landesregierung, den Unternehmen, den Unternehmensverbänden und den Institutionen könnte in Nordrhein-Westfalen nicht besser sein; dies zeige unter anderem das außergewöhnliche finanzielle Engagement von Unternehmen und Institutionen der Wirtschaft. Die Kooperation habe sich über Jahre hinweg aufgebaut, und man habe sich darum bemüht, dieses Programm weder theoretisch noch praktisch mit ideologischen Scheuklappen zu belegen. Er betone nochmals wie in der damaligen Grundsatzdebatte: Die soziale Bewältigung des Strukturwandels dürfe kein Technikverhinderungsinstrument, sondern müsse ein Technikoptimierungsinstrument sein. Im Hinblick auf eine optimierte Technologiepolitik habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die verschiedenen Bereiche zusammenrücken müßten, nämlich Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, Unternehmer und ihre Unternehmensverbände, die Politik und die Wissenschaft.

Sodann begrüßt die **Vorsitzende** den gestiegenen Ansatz für das SoTech-Programm und wirft dann die Frage auf, ob die mit 3 Millionen angesetzten Verpflichtungsermächtigungen als ein Signal zu bewerten seien, daß die Mittel für dieses Programm in Zukunft geringer ausfallen würden.

Des weiteren interessiert sie bezüglich des Instituts "Arbeit und Technik", ob es denn eine zeitliche Planung gebe, wann zum Beispiel Bereiche wie Bürokommunikation in diesem Institut angesiedelt würden.

Die Höhe der Verpflichtungsermächtigungen, entgegnet **Staatssekretär Dr. Bodenbender (MAGS)**, bedeute keine Signalwirkung, sondern habe etwas mit der Haushaltstechnik zu tun. Daß die Mittel für das SoTech-Programm erhöht worden seien,



gebe ihm Anlaß zur Hoffnung, daß das Programm aufgrund seiner Akzeptanz in den nächsten Jahren behutsam ausgebaut werden könne.

Hinsichtlich des Planstellenausbaus beim IAT wage er keine Prognose. Er weist jedoch ausdrücklich auf die Möglichkeit der Drittmittelbeschaffung über Forschungsaufträge hin, von denen nicht nur Sachmittel, sondern auch wissenschaftliches Personal beschäftigt werden könne.

**Abgeordneter Hegemann (CDU)** möchte von den Vertretern des MAGS wissen, ob eine Reduzierung der Miete, die in den letzten Jahren von 130 000 DM auf nunmehr etwa 600 000 DM gestiegen sei, nun bald erfolgen könne, zumal für den zweiten Bauabschnitt für das IAT 4 Millionen DM angesetzt seien.

Dazu erklärt **Regierungsangestellter Dr. Schäffer (MAGS)**, die Baumaßnahme für das IAT sei im Gesamtzusammenhang mit dem Wissenschaftspark zu sehen. Man rechne damit, daß das gesamte Projekt Mitte der 90er Jahre abgeschlossen sein werde. Das Institut "Arbeit und Technik" werde auch dann erst - neben anderen Einrichtungen - einziehen können.

Die Baumaßnahme habe gerade erst begonnen. Mit den 2 Millionen DM seien unter anderem Planungs- und Vorlaufkosten sowie Kosten für Fundamente bestritten worden. Das Institut "Arbeit und Technik" könne aufgrund einer Reihe von Gebäudeteilen, die zusammen mit den anderen Institutionen benutzt werden würden, nicht früher einziehen. Außerdem sei schon deshalb mit relativ langen Fristen zu rechnen, da es sich hierbei um ein Projekt der internationalen Bauausstellung handele.

### **Erläuterungen des Chefs der Staatskanzlei (Wissenschaftszentrum NRW)**

**Leitender Ministerialrat Dr. Dästner (Staatskanzlei)** berichtet:

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zunächst darf ich Herrn Minister Clement entschuldigen, der dadurch verhindert ist, daß er heute im Bundesrat anwesend sein muß; er hat mich gebeten ihn hier zu vertreten.

Ich darf Ihnen die Etatisierung zum Wissenschaftszentrum NRW erläutern, das am 1. August 1988 gegründet worden und im Einzelplan 02, Kapitel 02 060

- das sind die Seiten 88 bis 103 des Ihnen vorliegenden Regierungsentwurfs für den Haushalt 1992 - etatisiert ist. Das Kapitel schließt mit Ausgaben in Höhe von 2 296 500 DM ab und erreicht damit eine Steigerungsrate von 15 % gegenüber dem Ansatz im Haushalt 1991; damals waren es 2 588 000 DM. Das ist durch eine Umschichtung innerhalb des Einzelplans 02, der im übrigen niedriger abschließt als im vorigen Jahr, möglich geworden - trotz des Grundsatzes, einen "Überrollhaushalt" in diesen Bereich zu fahren.

Die Erhöhung des Ansatzes ist begründet durch die Verdoppelung der Ausgabeermächtigung bei Titelgruppe 60 - zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrums -. An dieser Stelle werden 1992 erstmalig 200 000 DM für das kulturwissenschaftliche Institut in Essen - bisher waren die Mittel aus dem Einzelplan 06, Ministerium für Wissenschaft und Forschung, bereitgestellt worden - und 200 000 DM für das Institut Klima-Umwelt-Energie in Wuppertal, das sich inzwischen als Einrichtung des Wissenschaftszentrums gegründet hat, etatisiert. Damit stehen in der Titelgruppe 60 für jedes Institut des Wissenschaftszentrums jeweils 200 000 DM für das Haushaltsjahr 1992 zur Mitfinanzierung von Gemeinschaftsprojekten zur Verfügung.

Zu den Aufgaben der Einrichtung in den Bereichen, in denen technische Entwicklungen Einfluß auf unsere kulturelle Entwicklung bzw. auf unsere Umwelt nehmen, gehört es, den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in Gang zu setzen, Forschung, ihre Arbeitsweisen und ihre Ergebnisse in die Öffentlichkeit zu transportieren, aber auch Fragen der Öffentlichkeit in die Forschung hineinzutragen. Dazu sind insgesamt bisher elf Arbeitskreise zu ausgewählten Themen eingerichtet worden. 40 Arbeitskreissitzungen haben mit insgesamt ca. 1 250 Teilnehmern aus dem In- und Ausland stattgefunden, und es gibt inzwischen zahlreiche Kooperationen, die auf Initiativen dieser Arbeitskreise zurückgehen.

Mit der Beteiligung an Messen werden die Arbeitskreise einem breiten Fachpublikum bekanntgemacht. Bei diesen Messen wird immer auch die Arbeit des Wissenschaftszentrums selbst vorgestellt. Der Ansatz für diese Ausgaben wurde 1992 um 70 000 DM auf 170 000 DM erhöht - das ist der Titel 531 10 -.

Mit Kongressen und den begleitenden Ausstellungen hat das Wissenschaftszentrum den Anstoß zu einer weiteren Vertiefung einschlägiger Überlegungen in Wissenschaft und Behörden gegeben. Der erste Kongreß fand im November 1989 in Herne statt. Für diese Aufgaben wurden im Etatentwurf für 1992 bei Titel 541 10 200 000 DM eingestellt. Der dritte große Kongreß "Kultur und Technik im 21. Jahrhundert" wird am 22. und 23. November 1991 stattfinden

und Überlegungen zu möglichen Entwicklungen von Kultur und Technik im 21. Jahrhundert gewidmet sein. Ich gehe davon aus, daß den Mitgliedern dieses Ausschusses dazu auch entsprechende Einladungen des Wissenschaftszentrums zugegangen sind.

Die Ergebnisse der Arbeit werden zur Beratung von Politik und Behörden aufgearbeitet und an die betroffenen Stellen weitergeleitet.

Ein Wort zur Öffentlichkeitsarbeit. Hier liegt ein Schwerpunkt der Aufgabe des Wissenschaftszentrums, nämlich die breite Öffentlichkeit in die Diskussion über Zukunftsthemen miteinzubeziehen. Aus diesem Grunde stellt die Öffentlichkeitsarbeit über die Kongreßveranstaltungen hinaus insbesondere im Rahmen intensiver Pressearbeit einen Schwerpunkt dar. Bislang sind in den Medien ca. 180 Beiträge aus der und über die Arbeit des Wissenschaftszentrums erschienen. Dabei ist eine spürbare Resonanz auf die Arbeit des Zentrums festzustellen.

Ein weiteres Instrument der Öffentlichkeitsarbeit ist das Magazin, das derzeit in einer Auflage von 10 000 Exemplaren dreimal jährlich erscheint. Ich gehe davon aus, daß dieses Magazin den Mitgliedern des Ausschusses bekannt ist. Für die Herausgabe des Magazins und weiterer Periodika sind für 1992 erstmalig in einem besonderen Titel, und zwar dem Titel 531 20 125 000 DM veranschlagt.

Im Gesamtrahmen des Wissenschaftszentrums NRW haben seine Institute jeweils eigene Aufgaben, an denen sie selbständig und in eigener Verantwortung arbeiten. Es gibt aber eine Kooperationsvereinbarung vom 13. September 1990, die sicherstellt, daß die Institute insbesondere institutübergreifende Forschungsarbeiten vereinbaren, gemeinsame Arbeitskreise durchführen und gemeinsame Kongresse und Tagungen veranstalten. Für solche Gemeinschaftsprojekte sind jeweils zu maximal 30 % Mittel der Titelgruppe 60 des Einzelplans 02 vorgesehen; die übrigen 70 % müssen aus dem jeweiligen Haushalt des federführenden Instituts bestritten werden. Es handelt sich also hierbei um ein Instrument, das die Kooperation der an sich selbständigen Institute anregen und sozusagen eine Klammer zwischen ihnen bilden soll. Insgesamt sind dafür 800 000 DM im Haushaltsentwurf 1992 vorgesehen.

Vom Präsidium sind bereits folgende Gemeinschaftsprojekte vereinbart worden:

1. eine regelmäßige große Jahrestagung des Wissenschaftszentrums. Den Kongreß "Kultur und Technik im 21. Jahrhundert" habe ich bereits erwähnt. Mit ihm beginnt im November diese Reihe; diese Veranstaltung findet unter der Federführung des Düsseldorfer Wissenschaftszentrums statt. Den Ansatz

dafür finden Sie im Haushaltsplan 1991 unter Titel 541 20. Für die Jahre 1992/93 sind ebenfalls Veranstaltungen mit folgenden Ansätzen im Haushaltsplanentwurf 1992 projektiert: 400 000 DM im Titel 541 30 und 15 000 DM Vorlaufkosten für den für 1993 geplanten Kongreß in Titel 541 40 - zuzüglich einer Verpflichtungsermächtigung für 1993 in Höhe von 260 000 DM, um entsprechende Vorbereitungen treffen und Verpflichtungen bereits eingehen zu können.

2. ein gemeinsames Forschungsprojekt "Kulturwandel und Modernisierung von Industrieregionen und soziokulturelle Standortpotentiale. Dieses Projekt ist vom federführenden kulturwissenschaftlichen Institut angeregt worden.
3. ein gemeinsamer Arbeitskreis aller Institute unter dem Titel "Gesellschaftliche Leitbilder". Hierfür ist das Institut "Arbeit und Technik" federführend.
4. das Magazin als gemeinsames Periodikum aller Institute; herausgegeben vom Wissenschaftszentrum Düsseldorf.
5. ein gemeinsames Newsletter, das das Magazin ergänzen wird. Auch hierfür liegt die Federführung beim Wissenschaftszentrum in Düsseldorf.

Ich möchte mich zunächst mit diesen Beispielen begnügen und auf die ausführlichen Erläuterungen zum Einzelplan 02, insbesondere auf die Seiten 97 bis 109 verweisen. Dort sind weitere Einzelheiten zu dem Wissenschaftszentrum dargestellt.

An den Begriff "imaginäres Dach" erinnert **Abgeordneter Hegemann (CDU)** und stellt die Frage, ob sich das Instrument zur Koordinierung der einzelnen selbständigen Institute, die wie das IAT in Gelsenkirchen und das Institut Klima-Umwelt-Energie in Wuppertal, als sinnvoll und praktikabel erwiesen habe und ob es dieses zur Verzahnung der Institute geben müsse.

Diesen Sachverhalt bejaht **LMR Dr. Dästner (Staatskanzlei)** und erläutert, Ziel des Wissenschaftszentrums sei es, das Land Nordrhein-Westfalen und speziell sein Industrieviertel als eine Städte der Wissenschaft und Forschung in das öffentliche Bewußtsein zu rücken. Neben der Akademie der Wissenschaften benötige man - das habe sich in der Vergangenheit erwiesen - ein weiteres Instrument, um den Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik anzuregen. Dazu unternehme das Wissenschaftszentrum den Versuch, die Aktivitäten der unterschiedlichen Institute zu

bündeln und "sprechfähiger" zu machen. Gleichzeitig wolle man damit die für sich existierenden Institute zu Kooperationen bewegen und einen interdisziplinären Dialog anregen. In vielen Bereichen gebe es diesen Politikansatz, nämlich nicht zu regulieren, sondern anzuregen. Gerade im Bereich der Wissenschaften würden Systematisierungen und Bürokratisierungen hemmend wirken. Mit dem Instrument des Wissenschaftszentrums versuche man die Aktivitäten der Institute der bündeln als auch Selbständigkeit und Innovationsfähigkeit zu erhalten.

Aus der Tatsache, daß die Mittel der Titelgruppe 60 - zur Förderung von Gemeinschaftsprojekten der Institute des Wissenschaftszentrum - um die Hälfte auf insgesamt 800 000 gestiegen seien, zieht die Vorsitzende den Schluß, daß hier wohl eine Kooperation mehr erzwungen als angeregt werde. - Diese finanziellen Anreize, bemerkt LMR Dr. Dästner (Staatskanzlei), würden den von ihm eben genannten Dialog erleichtern. Jedoch könne man nicht sagen, daß man mit den bisher erzielten Ergebnissen nicht zufrieden sei, wobei schließlich auch berücksichtigt werden müsse, daß man das Wissenschaftszentrum erst Ende 1988 gegründet habe.

#### **Erläuterungen des Ministers für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie (Technologieprogramme)**

**Leitender Ministerialrat Dr. Warnke (Ministerium für Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie) trägt vor:**

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Für das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie hatte ich Ihnen vor einiger Zeit einen Bericht vorgelegt, was im Wirtschaftsministerium hinsichtlich der Technikfolgenabschätzung und Technologiebewertung unternommen werden kann. Ich kann Ihnen die damals aufgezeigten Linien heute in ihrer Perspektive deutlicher darstellen.

Von den 1 500 Projekten der Technologieprogramme Wirtschaft (TPW) und Zukunftstechnologien (TPZ) sind fast 40 % abgeschlossen. Ihre Abschlußberichte liegen vor und konnten ausgewertet werden. Diese Anzahl läßt sicherlich eine statistisch haltbare Aussage zu. Lassen Sie mich aufgrund dieser Basis dazu etwas sagen, wo ein Wirtschaftsministerium sozusagen im Rahmen von Technologiefolgenabschätzung direkt tätig werden kann: das ist die Sozial- und Umweltverträglichkeit.

Hinsichtlich der Sozialverträglichkeit fragen wir nach den Personalmitteln im Verhältnis zu den Mitteln für Investitionen sowie nach dem Verhältnis von Firmenprojekten zu Infrastrukturmaßnahmen.

Zum Verhältnis Personalzuschüsse zu Investitionszuschüssen. 1978 lagen die Investitionen um ca. 10 Millionen DM über den Personalzuschüssen. 1985/86 trat eine Wende ein; sie lagen praktisch gleich auf, und 1990/91 lagen die Personalzuschüsse - wohlgemerkt in den Firmenprojekten - um 10 Millionen DM über den Investitionszuschüssen.

Ein anderes ist die Frage der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze. Nach den ausgewerteten Projekten liegt der Faktor der geschaffenen Arbeitsplätze bei 1,21 zu den geplanten. Für jedes Projekt wurden also mehr Arbeitsplätze geschaffen als ursprünglich geplant waren. Wenn wir diesen Faktor zugrunde legen, können wir aus den 1 500 Projekten eine Zahl von über 13 000 neuen Arbeitsplätzen errechnen.

Für die Zahl der gesicherten Arbeitsplätze ergibt sich aus der Auswertung der Faktor 1,5, das heißt, die Zahl der tatsächlich gesicherten Arbeitsplätze übersteigt das angegebene Soll um 1,5. Danach ergibt sich für die gesicherten Arbeitsplätze eine Anzahl von über 84 000.

Zu dem Verhältnis von Infrastrukturmaßnahmen zu den Firmenprojekten. Es begann damit, daß die Infrastrukturmaßnahmen im Jahre 1978 ungefähr 500 000 DM und die Firmenprojekte etwa 17 Millionen DM ausmachten. Die Wende deutete sich ungefähr in den Jahren 1983/84 an. Wir verzeichnen jetzt, im Jahre 1991, ein Verhältnis von 44 Millionen DM für Infrastrukturmaßnahmen zu 37 Millionen DM für Firmenprojekte. An diesen Zahlen wird sehr deutlich, wie sich das im Laufe der Zeit verändert hat.

Zu den Dingen, die wir direkt anstoßen können, gehören zum Beispiel die Umwelttechniken. Daß wir hier eine steigende Zahl von Projektanträgen und eine steigende Zahl von erfolgreichen Projekten zu verzeichnen haben, hat damit zu tun, daß Umwelttechnik insbesondere in Nordrhein-Westfalen einen hohen Stellenwert einnimmt. Dieses ist durchaus auch ein Erfolg der Technologiepolitik.

Wir verfolgen das Ziel, daß einmal die sogenannten Umwelttechniken integrierte Umwelttechniken werden müssen, das heißt, wir überlegen nicht mehr, welche Filter zum Beispiel absaugen müssen, damit der Ausstoß von Emissionen reduziert wird, sondern wir fragen gleich danach, wie ein Verfahren gestaltet werden

kann, damit wenig Emissionen und wenig Abfall sowie wenig Belastung für die Arbeitnehmer entstehen.

Darüber hinaus wirken wir darauf hin, daß Umweltschutz zu einem integrierten Unternehmensziel wird. Der dazu notwendige Diskussionsprozeß mit der Wirtschaft läuft, und wir versuchen, dafür zu werben. Wenn Sie die Literatur verfolgen, dann können Sie feststellen, daß große Teile der Wirtschaft beginnen, sehr entschieden über diese Frage nachzudenken und die Überlegung zu teilen, daß Umweltschutz ein Unternehmensziel sein soll. Wir erhöhen - das hatte ich beim letzten Mal schon gesagt - bei den Einzelfirmenprojekten die Fördermittel durch einen Bonus, wenn umweltfreundliche Aspekte berücksichtigt werden.

Zu den Dingen, die wir mit Hilfe der Infrastruktur anstoßen, möchte ich einige Dinge nennen: Einer der wichtigen Punkte ist die Qualitätssicherung für die Zukunft zur Steigerung von Produktivität und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Unmittelbar mit der Qualitätssicherung verbunden ist die Qualifizierung; man kann nicht Qualitätssicherung betreiben, ohne nicht gleichzeitig die entsprechenden Mitarbeiter in den Unternehmen zu schulen. Zu diesem Zweck wurde vor einigen Jahren ein Technologiezentrum für Qualitätssicherung ins Auge gefaßt. Der Bau in Dortmund ist nun eingeweiht worden, und das Zentrum nimmt seine Arbeit auf. In diesem Jahr haben wir eine Reihe von Qualifizierungsprojekten mit den dortigen Unternehmen und der Leitung dieses Zentrums vereinbart.

Ein anderer hier interessierender Gesichtspunkt ist ISDN, die Telekommunikation. Wir haben eine Forschungsgruppe eingesetzt, die unter anderem die Frage der Auswirkung der ISDN-Technik auf Bürostruktur, auf die Arbeitsplätze und auf die Arbeitnehmer untersuchen soll. Mit allen auf diesem Sektor laufenden Projekten ist eine Begleitforschung vorgesehen.

Als letzten Punkt möchte ich hier anführen, was in den letzten zwei Monaten von uns angestoßen wurde; das ist das Recycling-Projekt für den Bereich der Kraftfahrzeuge. In einem Projekt mit Opel und dem Initiativkreis Ruhrgebiet soll im Ruhrgebiet eine Anlage entstehen, in der die zurückgenommenen Autos ausgeschlachtet und deren Stoffe verwertet werden. Dazu muß eine Logistik für den Schredder-Betrieb entwickelt werden, damit sich der Schrott auch für die Hochöfen eignet. Darüber hinaus muß eine Logistik für die beim Ausschlachten anfallenden Kunststoffe und Gläser entwickelt werden, um auch diese verwerten zu können. Die Industrie hat sich schon interessiert gezeigt, dann die Kunststoffe und auch das Glas zurückzunehmen.

In Nordrhein-Westfalen werden weitere Stellen entstehen, zum Beispiel im nördlichen Ruhrgebiet, wo zusammen mit VW ein solches Recycling-Zentrum geplant ist. Ford hat ebenfalls eine solche Anlage vorgesehen, und an einem weiteren Standort wird eines entstehen, das insbesondere herstellerunabhängig arbeiten soll.

Damit zusammen hängt ein anlaufendes Projekt, das sich mit dem Recyceln von elektronischen Haushaltsgeräten beschäftigt. Diese fallen in großen Mengen an und müssen entsorgt werden. Sowohl beim Recyceln von Haushaltsgeräten als auch beim Recyceln von Autos ist ein weiterer Gesichtspunkt wichtig, daß nämlich aus den Erkenntnissen, die in dem Recycling-Betrieb anfallen, Rückmeldungen an den Autohersteller oder an den Hersteller von Haushaltsgeräten, wie die jeweiligen Produkte besser gestaltet werden können. Das wird den Prozeß beschleunigen, Materialien zu kennzeichnen und Komponenten besser anzubringen, so daß sie mit leichten Handgriffen wieder herausgenommen werden können.

Zusammen mit diesen Recycling-Projekten ist ein Technikum geplant, das den "Re-Fertigungsprozeß" durch Ingenieure aufarbeitet und den Firmen dann die Erkenntnisse zur Verfügung stellt und ihnen sagt, wie sie ihre Produkte besser gestalten können.

(Beifall)

**Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)** bezeichnet die Veränderung des Schwergewichts der Bezuschussung von den direkten Investitionen zu den Personalkosten und von den Einzelprojekten zu Maßnahmen der Infrastruktur als eine vernünftige Entwicklung. Ihn interessiere es, ob es sich hierbei um eine neue Politik in Richtung auf Globalsteuerung, was er sehr begrüße, oder mehr um eine zufällige Entwicklung aufgrund der Nachfrage aus der Wirtschaft handele.

Dieser veränderten Schwerpunktsetzung, gibt **LMR Dr. Warnke (MWMT)** zur Antwort, liege eine Entscheidung der Landesregierung aus dem Jahre 1986 zugrunde, ein Referat für Technologietransfer und technologische Infrastruktur einzurichten, das diesen Prozeß entscheidend vorangetrieben habe. Die Impulse, die das Referat dazu gegeben habe, seien von der Wirtschaft aufgegriffen worden, und man habe sich zu Förder- und Initiativkreisen zusammengeschlossen, die man dann, wie angekündigt, unterstützt habe.



**Abgeordneter Hegemann (CDU)** fragt zum Stichwort "Entsorgungszentrum" nach, ob denn die Landesregierung die möglichen Interessenten nicht nur mit Technikförderung, sondern auch in der emotionalen Auseinandersetzung begleite, wenn in einer solchen Einrichtung mehr der Schrottplatz, als eine HiTech-Firma gesehen werde.

Hinsichtlich der unabhängigen Hersteller möchte er wissen, ob die Importeure ihre hier separierten Autos dann den deutschen Stahlkochern anböten und ob dazu konkrete Pläne existierten.

Da man zum Beispiel nicht alle Kunststoffe unendlich recyceln könne, will er schließlich erfahren, ob seitens der Autoindustrie Schlußfolgerungen aus ihren Absichtserklärungen hinsichtlich eines logistischen Kreislaufs gezogen würden.

In der Tat brauche man herstellerunabhängige Entsorgungsanlagen, erläutert **LMR Dr. Warnke (MWMT)**, da es ja nicht nur Autos deutscher Produzenten gebe. Von seiten des Kraftfahrzeughandwerks sei der Wunsch nach einer herstellerunabhängigen Recycling-Anlage aufgenommen worden. Daraufhin habe man sich mit einem Wirtschaftsförderer in Herten in Verbindung gesetzt, und nun solle eine solche Anlage mit Hilfe des Kraftfahrzeughandwerks geplant und entwickelt werden, damit japanische Hersteller ihre alten Autos nicht über Rotterdam nach Japan zurückführen müßten. Dieses Vorhaben wolle das Ministerium unterstützen.

Zum Stichwort "Schrottplatz" führt er aus, diese Einrichtungen sollten gerade keine Schrottplätze sein; denn den traditionellen Schrotthändler im Autobereich gebe es bereits, und diese wirtschaftlichen Existenzen wolle man nicht wegrationalisieren. Die Schrotthändler wolle man über Qualifizierungen in das Projekt einbeziehen, damit sie sich die zukünftig notwendigen Umweltschutzmaßnahmen aneigneten. Bereits in diesem Jahr habe man damit begonnen. Letztlich entstünde in diesem Bereich auch ein neuer Facharbeiter, nämlich der "Ent-Fertiger" oder der "Rückwärts-Fertiger". Den Weg zum Umweltschutz in den Betrieben werde man selbstverständlich in den entstehenden Diskussionen begleiten. Da alle Beteiligten, Handwerk, Industrie und Kommunen hohe Ansprüche an den Umweltschutz stellten, sehe er für die Errichtung eines solchen Recycling-Systems ein günstiges Klima.

Zum Umweltbonus möchte **Abgeordneter Kuschke (SPD)** wissen, welche Kriterien hierfür zugrunde gelegt worden seien und ob Binnenwirkungen von Umweltschutzmaßnahmen, also Fragen nach dem Arbeitsschutz, eine Rolle spielten. Des weiteren fragt er, ob der Umweltbonus auf einen Sozialverträglichkeitsbonus übertragbar wäre.

**LMR Dr. Warnke (MWMT)** ist überzeugt, daß er übertragbar sei. Er nennt hierfür den ISDN-Bereich, der im Rahmen des Technologieprogramms Zukunftstechnologien mit höheren Fördersätzen ausgestattet sei. Gerade hinsichtlich der klassischen ISDN-Vorstellung, möglichst viele Informationen schnell zu vermitteln, sei man durch Begleitforschung bezogen auf Sozialverträglichkeit zu der Erkenntnis gekommen, daß jeder Mensch nur in der Lage sei, eine ganz bestimmte Informationsmenge pro Zeiteinheit zu verarbeiten.

Dort, wo der Stand der Technik umgesetzt werde, sei auch das Kerngebiet des Technologieprogramms Wirtschaft, und Betriebe, die das Projekt mit zusätzlichen Arbeitsschutzmaßnahmen verbünden, also nicht nur vorrangig behandelten, erhielten auch höhere Fördersätze.

Zur Prüfung der gestellten Anträge reiche in der Regel ein Besuch des jeweiligen Unternehmens aus, durch den man einen schnellen und guten Einblick bekomme. Nur in einem Teil der Firmen werde ein zweiter Besuch durchgeführt, wenn gegebenenfalls mit Entwicklungsingenieuren gesprochen werden müsse. Darüber hinaus verlange die Landesregierung einen halbjährlichen Bericht der geförderten Unternehmen.

Recycling, wirft die **Vorsitzende** in die Diskussion, sei nicht nur eine Frage der Mechanik, wie es sich in den letzten Jahren herausgestellt habe, sondern auch eine Frage der Chemie. Je komplizierter die Zusammensetzung der Stoffe sei, desto schwieriger werde das Recyceln. Im übrigen gebe es nicht einen unendlichen Bedarf an Recycling-Produkten.

Es sei völlig richtig, geht **LMR Dr. Warnke (MWMT)** auf die **Vorsitzende** ein, bisher könne nur ein Teil der Kunststoffe recycelt werden. Hier werde es notwendig sein, die kunststoffproduzierenden und die kunststoffrecycelnden Firmen zusammenzuführen, damit einerseits das Recyceln einfacher und zum anderen erkannt werde, daß auf bestimmte Kunststoffe verzichtet werden müßte.

Hinsichtlich der Recycelfähigkeit sollten die Zusammensetzungen nicht nur der Kunststoffe, sondern alle anderen verwerteten Materialien bekanntgemacht werden.

Der Forderung nach der vollen Recycelfähigkeit würde die Automobilindustrie jedoch frühestens aufgrund des Planungs- und Entwicklungsvorlaufes ab 1996/97 nachkommen können; bis dahin werde man nur Teilerfolge erzielen.

Vielleicht wäre es nicht uninteressant, bemerkt **Abgeordneter Hellwig (SPD)**, eine Studie anfertigen zu lassen, in der untersucht werde, was durch Subventionierung mit Landesmitteln in Richtung Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit eingeleitet und umgesetzt werde. Dies könnte eine Art Erfolgskontrolle darstellen - gerade im Hinblick auf die laufende allgemeine Diskussion über Sinn und Unsinn von Subventionen.

Darüber hinaus möchte er wissen, ob die Wirtschaft bereit wäre, ohne die Subventionen Umwelt- und Sozialverträglichkeit vermehrt in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen.

**LMR Dr. Warnke (MWMT)** zeigt sich überzeugt, daß eine sogenannte Prämierung von Risikobereitschaft der Unternehmen, in ein neues technologisches Feld einzusteigen, erforderlich sei; denn auf die Dauer bedürfe das Tempo des technischen Wandels und das Tempo des wirtschaftlichen Wandels eines solchen Anschubs in monostrukturierten Regionen, wie es sie in NRW gebe.

Subventionen verstehe er vielmehr als Impulse, Anregungen und Anreize zu neuen Technologien, die neue Arbeitsplätze schafften, Unternehmenexistenzen sicherten und zur Teilnahme am ökonomischen Wettlauf befähigten.

Eine Studie erstellen zu lassen, halte er für eine reizvolle Aufgabe, und er glaube, daß NRW dabei sehr gut abschneide.

Subventionen als Risikoprämie gesehen ist für den **Abgeordneten Dr. Riemer (F.D.P.)** zu eng gesehen. Man habe es doch mit unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft zu tun, und der Mittelstand sei meistens nicht in der Lage, von sich aus in neuen Technologien einzusteigen. Aus Gründen einer gesunden Gemengelage sei es aber wichtig, den mittleren und kleineren Betrieben zu helfen, damit sie im Verhältnis zu den größeren bestehen könnten.

Die vom Abgeordneten Hellwig angeregte Untersuchung halte er für eine gute Sache.

**Abgeordneter Kuschke (SPD)** begrüßt ebenfalls die vom Abgeordneten Hellwig angeregte Studie. Um Irritationen vor Ort zu vermeiden, sollten auch die Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte hinsichtlich der Arbeitsplatzeffekte einbezogen werden.

Sodann kommt der **Ausschuß** überein, das Thema "Subventionen und ihre Auswirkungen auf Sozialverträglichkeit und Umweltverträglichkeit" unter Einbeziehung der zuständigen Ressorts auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzung zu setzen.

## **2 Konsequenzen aus der öffentlichen Anhörung "Soziale Gestaltung der Technik - gesellschaftliche Mobilitätsansprüche und motorisierter Individualverkehr" vom 25. September 1991**

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** unterbreitet den Vorschlag, daß die Fraktionen die Anhörung bis Anfang des Jahres auswerten mögen, um dann unter Einbeziehung der zuständigen Ministerien möglichst zu gemeinsamen Vorstellungen, Ergebnissen und Forderungen zu kommen, die dann an die entsprechenden Fachausschüsse weitergeleitet würden. Als mögliche Ergebnisse nennt er unter anderem: Vorrang für Kinder und ältere Menschen im Verkehr einzuräumen, dem Nahverkehr Vorfahrt zu gewähren, über Elektroautos sowie über die Entwicklung des Autos überhaupt nachzudenken, Großbetriebe in Ballungsräumen in Überlegungen zur Reduzierung des Individualverkehrs einzubeziehen. Darüber hinaus schlägt er vor, das Thema in der Schriftenreihe des Landtags zu veröffentlichen.

Einige Folgerungen könnten sicherlich unstrittig gemeinsam formuliert werden, entgegnet **Abgeordneter Hegemann (CDU)**, und der Landesregierung einige Vorschläge und Forderung unterbreitet werden, jedoch glaube er nicht, daß es zu einer Umsetzung eines Verkehrskonzepts führe; denn für ihn habe keiner der Sachverständigen eine Gesamtlösung angeboten.

Nach seiner Meinung sollte man sich vielleicht einmal über intelligentere Methoden, die Mobilität zu erhalten oder zu fördern, die gleichzeitig umweltfreundlicher seien, unterhalten. Dabei dürfe der Individualverkehr nicht außen vor bleiben. Daneben könnte man sich die Frage stellen, was neben Recycling und der Entwicklung einer neuen Motorgeneration zum Beispiel bei Opel in Nordrhein-Westfalen bereits vorhanden sei.

**Abgeordneter Dr. Riemer (F.D.P.)** betrachtet die Bewältigung der Problematik dieses Themas keinesfalls als erledigt an; jedoch sollte man sich darum bemühen, die Situationsanalyse zu operationalisieren, auch wenn man dabei in Konflikt mit anderen